

## **Antwort**

### **der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten René Springer, Uwe Witt,  
Jörg Schneider, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD  
– Drucksache 19/20825 –**

### **Aktuelle Daten und Entwicklungen beim Unterhaltsvorschuss – Teil 2**

#### Vorbemerkung der Fragesteller

Die Unterhaltsleistung nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (UVG) stellt eine besondere Sozialleistung für Kinder und ihre alleinerziehenden Elternteile dar, die weitgehend unabhängig vom Einkommen der Alleinerziehenden gezahlt wird. Die Leistung soll Alleinerziehenden und ihren Kindern in Situationen helfen, in denen die Alleinerziehenden den Alltag, die Betreuung und die Erziehung ihrer Kinder weitgehend allein bewältigen und sich um die Durchsetzung der Unterhaltsansprüche kümmern müssen. Die Leistung nach dem UVG bezweckt, einen (teilweisen) Ausgleich für die Mehrfachbelastung des betreuenden Elternteils zu gewähren, der neben seiner eigenen Unterhaltsverpflichtung den ausbleibenden Barunterhalt des anderen Elternteils abzudecken hat, zumal die Betroffenen in aller Regel auch für ihren eigenen Lebensunterhalt sorgen müssen.

Die Ausgaben für Leistungen nach dem UVG werden anteilig von Bund und Ländern getragen. Bis zum 30. Juni 2017 lag der Anteil des Bundes gemäß § 8 Absatz 1 Satz 1 UVG bei einem Drittel, der Anteil der Länder bei zwei Dritteln. Zum 1. Juli 2017 stieg der Anteil des Bundes im Zuge des Ausbaus des UVG auf 40 Prozent.

1. Wie hoch war nach Kenntnis der Bundesregierung die Zahl der leistungsberechtigten Kinder nach dem Unterhaltsvorschussgesetz in den Jahren 2000, 2010, 2015, 2018, 2019, und wie hoch ist sie aktuell (bitte nach Bund, neuen Bundesländern, alten Bundesländern sowie Bundesländern getrennt ausweisen und jeweils die relative Veränderung von 2000 auf 2019 sowie 2017 auf 2019 ausweisen)?

Die Zahl der leistungsberechtigten Kinder nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (UVG) liegt dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) jeweils für die Jahre 2000, 2010, 2015, 2018 bis 2019 vor und kann den Tabellen in der Anlage entnommen werden. Die aktuellen Zahlen, also zum Stichtag 30. Juni 2020, liegen dem BMFSFJ noch nicht vor.

Die relative Veränderung von 2000 auf 2019 sowie von 2018 auf 2019 ist ebenfalls den Tabellen in der Anlage zu entnehmen.

2. Wie hoch war nach Kenntnis der Bundesregierung die durchschnittliche Dauer der Bewilligungsverfahren nach dem Unterhaltsvorschussgesetz in den Jahren 2000, 2010, 2015, 2018 sowie 2019, und wie hoch ist sie aktuell (bitte nach Bund, neuen Bundesländern, alten Bundesländern sowie Bundesländern getrennt ausweisen)?

Der Bundesregierung liegen dazu keine statistischen Daten vor.

3. Wie viele Bewilligungsverfahren auf Unterhaltsvorschuss wurden nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2000, 2010, 2015, 2018 sowie 2019
  - a) unter einem Monat,
  - b) unter drei Monaten,
  - c) unter sechs Monaten,
  - d) unter zwölf Monaten,
  - e) nach mehr als zwölf Monatenabgeschlossen (bitte nach Bund, neuen Bundesländern, alten Bundesländern sowie Bundesländern getrennt ausweisen)?

Das BMFSFJ erfasst seit 2018 hinsichtlich der Dauer des Bewilligungsverfahrens, ob die Dauer vom tatsächlichen Eingang des Antrags bis zur Bewilligung des Anspruchs bis drei Monate oder über drei Monate beträgt. Die Dauer von Ablehnungen wird nicht erfasst.

Eine weitergehende Differenzierung entsprechend der Fragestellung erfolgt nicht. Die vorliegenden Daten für 2018 und 2019 können den Tabellen in der Anlage entnommen werden.

Zu den Jahren 2000, 2010 und 2015 liegen der Bundesregierung keine statistischen Daten vor.

4. Wie hoch war nach Kenntnis der Bundesregierung der durchschnittliche Zahlbetrag für Leistungen nach dem UVG in den Jahren 2000, 2010, 2015, 2018, 2019 (bitte nach Bund, neuen Bundesländern, alten Bundesländern sowie Bundesländern getrennt ausweisen)?

Die Frage wird dahingehend ausgelegt, dass nach dem tatsächlichen durchschnittlichen Zahlbetrag unter Berücksichtigung von Unterhaltsvorschuss-Zahlungen unter dem Höchstsatz gefragt ist. Unterhaltsvorschuss-Zahlungen werden dann unter dem Höchstsatz gezahlt, wenn Unterhaltszahlungen oder Waisenbezüge angerechnet werden (so genannte Teilleistungsfälle).

Daten über die Höhe und die Anzahl von Teilleistungsfällen liegen der Bundesregierung jedoch nicht vor.

5. Wie hoch waren nach Kenntnis der Bundesregierung die Ausgaben nach dem Unterhaltsvorschussgesetz in den Jahren 2000, 2010, 2015, 2018, 2019 (bitte nach Bund, neuen Bundesländern, alten Bundesländern sowie Bundesländern getrennt ausweisen und jeweils die relative Veränderung von 2000 auf 2019 sowie 2018 auf 2019 ausweisen)?

Die Ausgaben für Leistungen nach dem UVG werden anteilig von Bund und Ländern getra gen. Bis zum 30. Juni 2017 lag der Anteil des Bundes gemäß § 8 Absatz 1 Satz 1 UVG bei einem Drittel, der Anteil der Länder bei zwei Dritteln. Zum 1. Juli 2017 stieg der Anteil des Bundes im Zuge des Ausbaus des UVG auf 40 Prozent.

Die Länder beteiligen die Kommunen auf der Grundlage von gemäß § 8 Absatz 1 Satz 2 UVG möglichen eigenen Regelungen in unterschiedlichem Umfang an den Ausgaben.

Die Ausgaben werden in den Tabellen in der Anlage insgesamt in Euro sowie ohne Verrechnung mit den Einnahmen in den Jahren 2000, 2010, 2015, 2018 und 2019 dargestellt.

Die relativen Veränderungen von 2000 auf 2019 sowie 2018 auf 2019 sind ebenfalls in den Tabellen in der Anlage ausgewiesen.

6. Wie hoch waren nach Kenntnis der Bundesregierung die Einnahmen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz in den Jahren 2000, 2010, 2015, 2018, 2019 (bitte nach Bund, neuen Bundesländern, alten Bundesländern sowie Bundesländern getrennt ausweisen und jeweils die relative Veränderung von 2000 auf 2019 sowie 2018 auf 2019 ausweisen)?

Bei der Antwort wird davon ausgegangen, dass nur nach den Einnahmen aus dem Rückgriff nach § 7 UVG, nicht aber nach den Einnahmen nach § 5 UVG gefragt ist.

Der Bund erhält von den Einnahmen aus dem Vollzug des UVG den seiner Ausgabenbeteiligung entsprechenden prozentualen Anteil. Bis zum 30. Juni 2017 lag der Anteil des Bundes gemäß § 8 Absatz 2 UVG bei einem Drittel, der Anteil der Länder bei zwei Dritteln. Zum 1. Juli 2017 stieg der Anteil des Bundes im Zuge des Ausbaus des UVG auf 40 Prozent.

Die Einnahmen des Bundes und der Länder in Euro in den Jahren 2000, 2010, 2015, 2018 und 2019 werden in den Tabellen in der Anlage dargestellt. Die relativen Veränderungen von 2000 auf 2019 sowie von 2018 auf 2019 sind ebenfalls in den Tabellen in der Anlage dargestellt.

7. Wie hoch waren nach Kenntnis der Bundesregierung die Rückgriffquoten (Gegenüberstellung von Einnahmen und Ausgaben) im Rahmen des Unterhaltsvorschussgesetzes in den Jahren 2000, 2010, 2015, 2018, 2019 (bitte nach Bund, neuen Bundesländern, alten Bundesländern sowie Bundesländern getrennt ausweisen und jeweils die relative Veränderung von 2000 auf 2019 sowie 2018 auf 2019 ausweisen)?

Die vom BMFSFJ ermittelte Rückgriffquote stellt die Einnahmen den Ausgaben im jeweiligen Kalenderjahr gegenüber. Folglich sinkt die Rückgriffquote bei gleichbleibenden Einnahmen bereits dann „automatisch“, wenn der Unterhaltsvorschuss-Satz steigt (also ein höherer Unterhaltsvorschuss gezahlt wird).

Aufgrund des Leistungsausbaus und den damit verbundenen Mehrausgaben ab dem zweiten Halbjahr 2017 ist die Rückgriffquote ab diesem Jahr nicht mehr mit den Vorjahren vergleichbar.

Die Höhe der Rückgriffquote wird darüber hinaus durch weitere Faktoren beeinflusst. In Bundesländern mit bezogen auf die Bevölkerungszahl bundesweit höheren Anteilen an Bedarfsgemeinschaften mit SGB-II-Bezug ist es naturgemäß schwieriger, den bundesweit einheitlich bemessenen Kindesunterhalt durchzusetzen als in Bundesländern mit einer besseren Wirtschafts- und Arbeitnehmerstruktur.

Die Rückgriffquoten der einzelnen Bundesländer, unterschieden nach neuen und alten Bundesländern, sind für die Jahre 2000, 2010, 2015, 2018 und 2019 in den Tabellen in der Anlage abgebildet. Die relativen Veränderungen von 2000 auf 2019 sowie 2018 auf 2019 sind ebenfalls in den Tabellen in der Anlage ausgewiesen.

8. Wie viele Rückgriffe erfolgten nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2000, 2010, 2015, 2018 sowie 2019 im Rahmen des Unterhaltsvorschussgesetzes insgesamt, und in wie vielen Fällen konnten die Ansprüche
  - a) ganz realisiert werden,
  - b) teilweise realisiert werden,
  - c) nicht realisiert werden(bitte nach Bund, neuen Bundesländern, alten Bundesländern sowie Bundesländern getrennt ausweisen)?

Daten zur Gesamtzahl an „Rückgriffen“ liegen der Bundesregierung nicht vor. Der Erfolg des Rückgriffs wird im Rahmen der UVG-Geschäftsstatistik nicht für alle Fälle, sondern nur für die Fälle erfasst, für die die Leistung im jeweiligen Kalenderjahr ganz aufgehoben wurde.

9. Bei wie vielen Ansprüchen und in welcher Höhe wurde nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2000, 2010, 2015, 2018 sowie 2019
  - a) keine Beitreibung aufgrund § 7a UVG (SGB-II-Bezug; SGB II = Zweites Buch Sozialgesetzbuch) vorgenommen,
  - b) die Forderung niedergeschlagen(bitte nach Bund, neuen Bundesländern, alten Bundesländern sowie Bundesländern getrennt ausweisen)?

§ 7a UVG wurde erst im Rahmen des UVG-Ausbaus zum 1. Juli 2017 eingeführt. Frühere statistische Daten sind somit ausgeschlossen. Die Anzahl an unbefristeten Niederschlagungen wird seit der Neufassung der UVG-Geschäftsstatistik 2018 erfasst.

Im Jahr 2018 erfolgte in 65.415 Fällen bundesweit keine Beitreibung bei SGB II-Bezug (§ 7a UVG). In 9.763 Fällen bundesweit erfolgte eine unbefristete Niederschlagung.

Die statistischen Daten für das Jahr 2019, differenziert nach Bundesländern, sind in der Anlage dargestellt.

10. Bei wie vielen Ansprüchen und in welcher Höhe wurde nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2000, 2010, 2015, 2018 sowie 2019 eine Pfändung von Lohn- und Kontoguthaben vorgenommen (bitte nach Bund, neuen Bundesländern, alten Bundesländern sowie Bundesländern getrennt ausweisen)?

Statistische Daten hierzu liegen der Bundesregierung nicht vor.

11. Inwieweit konnte nach Kenntnis der Bundesregierung das Ziel der UVG-Reform erreicht werden, den Rückgriff bei den Unterhaltsschuldnern zu verbessern?

Auf welche Kennzahlen stützt sich die Bundesregierung in ihrer Bewertung?

Der Bund-Länder-Prozess zur Verbesserung des Rückgriffs wurde seitens des BMFSFJ und der Länder mit großem Einsatz umgesetzt.

Die Einnahmen im Rückgriff konnten trotz der Kraftanstrengungen, die die Unterhaltsvorschuss-Stellen im Zuge des Ausbaus des UVGs seit 2017 leisten mussten, von rund 209 Mio. Euro im Jahr 2017 auf rund 360 Mio. Euro im Jahr 2019 gesteigert werden (jeweils für Bund und Länder zusammen bei deutlich gestiegenen Ausgaben in diesem Zeitraum). Neben den Einnahmen aus dem Rückgriff wertet das BMFSFJ die jährliche Geschäftsstatistik aus. Außerdem hat das BMFSFJ gemeinsam mit den Ländern ein Forderungsmanagement eingeführt, mit dem die Erfassung und Niederschlagung von Rückgrifforderungen zukünftig vereinheitlicht werden soll.

12. Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Zahl der Unterhaltsvorschussstellen in den Jahren 2000, 2010, 2015, 2018 sowie 2019 entwickelt (bitte nach Bund, neuen Bundesländern, alten Bundesländern sowie Bundesländern getrennt ausweisen)?

Nach Kenntnis der Bundesregierung wurden die bestehenden Strukturen an Unterhaltsvorschuss-Stellen in den Ländern in den letzten Jahren weitestgehend aufrechterhalten, jedoch personell erheblich aufgestockt.

Die Anzahl der Unterhaltsvorschuss-Stellen wird seitens des BMFSFJ nicht statistisch erfasst. Im Jahr 2019 gab es nach Kenntnis der Bundesregierung 581 Unterhaltsvorschuss-Stellen.

13. Ist nach Ansicht der Bundesregierung die aktuelle Personalausstattung in den Unterhaltsvorschussstellen der Länder ausreichend, um einen effektiven und effizienten Vollzug des UVG sicherzustellen?

Die Personalausstattung in den Unterhaltsvorschuss-Stellen ist für die Aufgabenerledigung und mithin auch für die weitere Verbesserung des Rückgriffs ein wesentlicher Faktor. Es kommt dabei auf die Personalquantität und auch auf die Qualifikation des Personals an.

Der Unterhaltsvorschuss wird gemäß Artikel 84 Grundgesetz von den Ländern als eigene Angelegenheit ausgeführt. Die Länder haben die Aufgabenwahrnehmung weitestgehend auf die Kommunen übertragen, die die Personalhoheit haben.

Der Bundesregierung liegen keine aktuellen kommunalen Daten über die Personalausstattung der rund 580 kommunalen Unterhaltsvorschuss-Stellen vor.

14. Wie viele Verurteilungen wegen Verletzung der Unterhaltspflicht nach § 170 Absatz 1 des Strafgesetzbuchs (StGB) gab es nach Kenntnis der Bundesregierung in Jahren 2000, 2010, 2015, 2017, 2018 sowie 2019 (bitte nach Bund, neuen Bundesländern, alten Bundesländern sowie Staatsangehörigkeit: Deutsche, Ausländer getrennt ausweisen)?

Für das Jahr 2000 weist die damalige Arbeitsunterlage Strafverfolgung insgesamt 3822 rechtskräftig Verurteilte wegen Verletzung der Unterhaltspflicht

nach § 170 Abs. 1 StGB aus, darunter 3763 Männer. Die Strafverfolgungsstatistik wurde erst beginnend mit dem Berichtsjahr 2007 flächendeckend in allen Bundesländern eingeführt, so dass weitere Daten im Sinne der Fragestellung nicht vorliegen.

Für die Jahre 2010, 2015, 2017 und 2018 sind die Daten zu Verurteilungen wegen Verletzung der Unterhaltspflicht nach § 170 Absatz 1 StGB entsprechend der Fragestellung den Tabellen der beigefügten Anlage zu entnehmen. Im Jahr 2010 gab es noch keine Ausweisung der Statistik nach Staatsangehörigkeiten.

Die Daten für 2019 liegen voraussichtlich erst im November 2020 vor.

15. Wie viele Verurteilungen wegen Verletzung der Unterhaltspflicht nach § 170 Absatz 1 des Strafgesetzbuchs gab es nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2000, 2010, 2015, 2017, 2018 sowie 2019 mit Verhängung eines Fahrverbotes gemäß § 44 StGB als Nebenstrafe (bitte nach Bund, neuen Bundesländern, alten Bundesländern sowie Staatsangehörigkeit: Deutsche, Ausländer getrennt ausweisen)?

In den Jahren 2017 und 2018 gab es bundesweit im Ergebnis der Rechtspflegestatistik des Statistischen Bundesamts (Sonderauswertung Verurteilungen nach Straftatbestand mit Nebenfolgen/Nebenstrafen) keine Verurteilungen mit Verhängung eines Fahrverbots.

Erst seit dem 24. August 2017 ist die Neuregelung des § 44 StGB in Kraft (BGBl. 2017 I, 3202), wonach Richterinnen und Richter Fahrverbote nun auch wegen Straftaten verhängen können, die nichts mit dem Führen eines Kraftfahrzeugs zu tun haben. Deshalb sind vor 2017 dazu keine Angaben möglich.

Die Daten für 2019 liegen voraussichtlich erst im November 2020 vor.

16. Welche Gründe haben dazu geführt, dass das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Jahr 2019 bei Kapitel 17 01 Titel 632 07 – Ausgaben nach § 8 Absatz 1 des Unterhaltsvorschussgesetzes – eine überplanmäßige Ausgabe bis zur Höhe von 170 Mio. Euro beantragen musste (vgl. Ausschussdrucksache 19(8)4450)?

Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung daraus?

Die im Bundeshaushalt 2019 eingestellten Mittel für die Bundesbeteiligung an den Ausgaben nach dem UVG von 718 Mio. Euro waren im Oktober nahezu ausgeschöpft. Zu diesem Zeitpunkt wurden bis zum Ende des Haushaltsjahres 2019 Ausgaben in Höhe von voraussichtlich 888 Mio. Euro für den Bund erwartet. Dies entspricht einem Mehrbedarf in Höhe von 170 Mio. Euro. Tatsächlich benötigt wurden bis Ende 2019 rund 871 Mio. Euro.

Bei Aufstellung des Haushalts im Jahr 2018 war der sich im Oktober 2019 abzeichnende Gesamtbedarf nicht absehbar. Im 2. Halbjahr 2018 lag die aktuellste gemeldete Zahl der Leistungsberechtigten (Stichtag 31.03.2018) bei rd. 713.000 Kindern. Der prognostizierte Aufwuchs ging von einem Anstieg auf etwa 775.000 leistungsberechtigte Kinder in 2019 aus. Am Stichtag 31.12.2019 waren jedoch 822.779 Kinder leistungsberechtigt. Zudem stieg der Anteil der älteren Kinder mit höherem Leistungsanspruch.

Die hohe Anzahl an berechtigten Kindern zeigt, wie wichtig der Ausbau des Unterhaltsvorschusses war und wie nötig die Unterstützung der Alleinerziehenden und ihrer Kinder ist. Gleichzeitig arbeitet das BMFSFJ gemeinsam mit den Ländern weiterhin intensiv an der Verbesserung des Rückgriffs, damit Eltern, die ihrer Unterhaltspflicht nicht nachkommen, zur Zahlung angehalten werden.

17. Welche Gründe haben dazu geführt, dass das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Jahr 2017 bei Kapitel 17 01 Titel 632 07 (Ausgaben nach § 8 Absatz 1 des Unterhaltsvorschussgesetzes) eine überplanmäßige Ausgabe bis zur Höhe von 74 Mio. Euro beantragen musste (vgl. Bundesratsdrucksache 778/17, [https://www.bundesrat.de/SharedDocs/drucksachen/2017/0701-0800/778-17.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=1](https://www.bundesrat.de/SharedDocs/drucksachen/2017/0701-0800/778-17.pdf?__blob=publicationFile&v=1))?

Welche Konsequenzen hat die Bundesregierung daraus gezogen?

Die Ausgaben für den Unterhaltsvorschuss sind im Jahr 2017 durch die im 2. Halbjahr in Kraft getretenen Verbesserungen stark angestiegen. Mit dem Ausbau des Unterhaltsvorschusses wurde die Höchstleistungsdauer von 72 Monaten aufgehoben und die Altersgrenze von der Vollendung des 12. Lebensjahres auf die Vollendung des 18. Lebensjahres angehoben. Der Anstieg der Ausgaben, also die Abbuchungen durch die Länder, fand jedoch erst in den letzten Wochen des Jahres statt. Die Entwicklung in den rund 580 kommunalen Unterhaltsvorschuss-Stellen war sehr unterschiedlich. Insgesamt handelte es sich Ende 2017 um eine einmalige besondere Situation aufgrund des gerade erst in Kraft getretenen Ausbaus des UVG.

**Anlage zu der Antwort der Bundesregierung (Tabellen)****Kleine Anfrage „Aktuelle Daten und Entwicklungen beim Unterhaltsvorschuss – Teil 2“****Drucksache 19/20825 vom 06.07.2020**Zu Frage Nr. 1:**Zahl der nach dem UVG leistungsberechtigten Kinder jeweils zum Stichtag 31.12.**

Bundesland	2000	2010	2015	2018	2019
Baden-Württemberg	38.561	37.817	32.862	63.745	66.511
Bayern	43.971	48.141	41.449	80.000	81.335
Berlin	33.726	32.937	27.328	43.712	46.346
Brandenburg	20.007	21.522	18.400	34.765	34.498
Bremen	7.056	6.433	6.315	11.796	12.018
Hamburg	13.908	16.202	16.983	24.416	25.701
Hessen	30.637	32.020	28.130	51.379	53.762
Mecklenburg-Vorp.	14.655	17.271	15.513	30.157	29.894
Niedersachsen	47.466	49.588	43.763	83.833	85.691
Nordrhein-Westfalen	103.513	112.635	103.675	184.737	189.635
Rheinland-Pfalz	20.124	21.617	19.517	34.994	36.461
Saarland	5.891	5.990	5.267	9.734	9.835
Sachsen	32.073	35.165	31.004	55.493	54.178
Sachsen-Anhalt	22.278	23.770	17.798	35.800	35.698
Schleswig-Holstein	18.467	19.225	16.977	32.758	33.583
Thüringen	17.762	19.532	14.874	28.480	27.633
<b>Summe</b>	<b>470.095</b>	<b>499.865</b>	<b>439.855</b>	<b>805.799</b>	<b>822.779</b>
neue Bundesländer <sup>o</sup>	106.775	117.260	97.589	184.695	181.901
alte Bundesländer <sup>o</sup>	329.594	349.668	314.938	577.392	594.532
<sup>o</sup> ohne Berlin	Quelle: UVG-Geschäftsstatistik des BMFSFJ				

**Prozentuale Entwicklung der Leistungsberechtigten (2000 = 100 %)**

<b>Bundesland</b>	<b>2000</b>	<b>Von 2000 zu 2019</b>	<b>Von 2018 zu 2019</b>
Baden-Württemberg	100 %	172 %	104 %
Bayern	100 %	185 %	102 %
Berlin	100 %	137 %	106 %
Brandenburg	100 %	172 %	99 %
Bremen	100 %	170 %	102 %
Hamburg	100 %	185 %	105 %
Hessen	100 %	175 %	105 %
Mecklenburg-Vorp.	100 %	204 %	99 %
Niedersachsen	100 %	181 %	102 %
Nordrhein-Westfalen	100 %	183 %	103 %
Rheinland-Pfalz	100 %	181 %	104 %
Saarland	100 %	167 %	101 %
Sachsen	100 %	169 %	98 %
Sachsen-Anhalt	100 %	160 %	100 %
Schleswig-Holstein	100 %	182 %	103 %
Thüringen	100 %	156 %	97 %
<b>Summe</b>	<b>100 %</b>	<b>175 %</b>	<b>102 %</b>
neue Bundesländer <sup>o</sup>	100 %	170 %	98 %
alte Bundesländer <sup>o</sup>	100 %	180 %	103 %
<sup>o</sup> ohne Berlin	Quelle: UVG-Geschäftsstatistik des BMFSFJ		

Zu Frage Nr. 3:

**Unterhaltsvorschussgesetz (UVG)**

**Arbeitsstatistik Antragsbearbeitung**

<b>Dauer Bewilligungsverfahren</b>				
<b>Bundesland</b>	<b>2018</b>		<b>2019</b>	
	<b>bis 3 Monate</b>	<b>über 3 Monate</b>	<b>bis 3 Monate</b>	<b>über 3 Monate</b>
Baden-Württemberg	14.294	9.191	15.306	4.924
Bayern	21.887	15.576	19.942	6.095
Berlin	5.379	13.561	5.551	7.080
Brandenburg	8.279	4.577	7.206	878
Bremen	2.447	940	2.347	379
Hamburg	3.672	6.198	3.384	2.429
Hessen	10.837	8.999	11.578	3.985
Mecklenburg-Vorp.	7.791	2.329	6.440	899
Niedersachsen	20.424	14.919	20.674	6.542
Nordrhein-Westfalen	58.156	37.103	47.835	25.168
Rheinland-Pfalz	9.564	4.525	9.026	2.236
Saarland	2.771	798	2.625	237
Sachsen	9.054	7.264	9.967	3.554
Sachsen-Anhalt	6.003	7.028	7.007	1.666
Schleswig-Holstein	8.635	4.803	6.845	1.415
Thüringen	7.900	3.562	6.637	1.084
<b>Insgesamt</b>	<b>197.093</b>	<b>141.373</b>	<b>182.370</b>	<b>68.571</b>
neue Bundesländer <sup>°</sup>	39.027	24.760	37.257	8.081
alte Bundesländer <sup>°</sup>	152.687	103.052	139.562	53.410

<sup>°</sup>ohne Berlin

Quelle: UVG-Geschäftsstatistik des BMFSFJ

Zu Frage Nr. 5:

**Entwicklung der Ausgaben nach § 8 Abs. 1 UVG**

	<b>2000</b>	<b>2010</b>	<b>2015</b>	<b>2018*</b>	<b>2019*</b>
<b>Gesamt-Ausgaben</b>	<b>754.761.163</b>	<b>910.905.405</b>	<b>1.102.566.209</b>	<b>2.103.062.557</b>	<b>2.178.077.135</b>
Bundesanteil	251.587.054	303.635.135	405.963.612	841.225.023	871.230.854
Landesanteile (insg.)	503.174.109	607.270.270	696.602.597	1.261.837.534	1.306.846.281
Baden-Württemberg	22.144.854	25.273.793	59.173.978	103.313.048	75.414.375
Bayern	24.067.078	29.923.551	70.912.696	127.163.396	87.388.939
Berlin	16.337.521	20.902.024	39.489.621	75.526.021	52.486.440
Brandenburg	8.659.611	12.639.158	28.723.164	53.654.658	34.472.772
Bremen	3.470.221	3.951.005	9.576.617	16.873.908	11.799.189
Hamburg	7.239.330	8.731.395	23.459.083	34.927.142	26.362.262
Hessen	16.459.729	19.223.525	45.495.831	83.565.693	57.306.201
Mecklenburg-Vorp.	6.577.818	10.170.009	25.045.648	45.853.836	29.946.477
Niedersachsen	25.225.828	31.005.288	68.249.625	134.300.945	91.019.053
Nordrhein-Westfalen	69.402.110	69.144.844	164.808.943	284.638.618	203.745.999
Rheinland-Pfalz	10.648.631	13.094.435	31.755.290	55.139.101	38.114.216
Saarland	3.261.377	3.735.209	8.571.167	14.158.960	9.994.032
Sachsen	10.309.601	19.939.402	43.021.635	83.143.521	56.440.732
Sachsen-Anhalt	10.209.328	13.499.153	26.435.275	53.766.540	36.905.822
Schleswig-Holstein	10.193.322	11.960.282	28.416.042	52.062.654	33.931.721
Thüringen	7.380.693	10.442.062	23.467.982	43.749.493	25.902.625
neue Bundesländer <sup>o</sup>	43.137.051	66.689.784	146.693.704	280.168.048	201.682.096
alte Bundesländer <sup>o</sup>	443.699.537	519.678.462	510.419.272	906.143.465	1.052.677.745

<sup>o</sup>ohne Berlin

\*UVG-Ausbau zum 01.07.2017; Ausgaben sind nicht mit den Vorjahren vergleichbar

Quelle: Haushaltsdaten des BMFSFJ

**Entwicklung der Ausgaben für Leistungen nach dem UVG – prozentual (2000 = 100%)**

	<b>2000</b>	<b>Von 2000 zu 2019*</b>	<b>Von 2018 zu 2019*</b>
<b>Gesamt-Ausgaben</b>	<b>100 %</b>	<b>289 %</b>	<b>104 %</b>
Bundesanteil	100 %	346 %	104 %
Landesanteile (insg.)	100 %	260 %	104 %
Baden-Württemberg	100 %	341 %	73 %
Bayern	100 %	363 %	69 %
Berlin	100 %	321 %	69 %
Brandenburg	100 %	398 %	64 %
Bremen	100 %	340 %	70 %
Hamburg	100 %	364 %	75 %
Hessen	100 %	348 %	69 %
Mecklenburg-Vorp.	100 %	455 %	65 %
Niedersachsen	100 %	361 %	68 %
Nordrhein-Westfalen	100 %	294 %	72 %
Rheinland-Pfalz	100 %	358 %	69 %
Saarland	100 %	306 %	71 %
Sachsen	100 %	547 %	68 %
Sachsen-Anhalt	100 %	361 %	69 %
Schleswig-Holstein	100 %	333 %	65 %
Thüringen	100 %	351 %	59 %
neue Bundesländer <sup>°</sup>	100 %	468 %	72 %
alte Bundesländer <sup>°</sup>	100 %	237 %	116 %

<sup>°</sup>ohne Berlin

\*UVG-Ausbau zum 01.07.2017; Ausgaben sind nicht mit den Vorjahren vergleichbar

Quelle: Haushaltsdaten des BMFSFJ

Zu Frage Nr. 6:

**Entwicklung der Einnahmen nach § 8 Abs. 2 UVG**

	2000	2010	2015	2018*	2019*
<b>Gesamt-Einnahmen</b>	163.458.646	165.272.055	191.321.850	270.326.789	360.437.004
Bundesanteil	54.486.215	55.090.685	63.773.950	108.130.716	144.174.802
Landesanteile	108.972.431	110.181.370	127.547.900	162.196.074	216.262.202
Baden-Württemberg	5.800.113	6.506.367	15.014.462	19.479.503	19.885.241
Bayern	8.515.496	8.108.418	18.853.154	24.863.323	20.043.531
Berlin	3.452.606	2.584.321	6.242.222	8.215.616	6.672.147
Brandenburg	1.453.944	1.651.836	5.151.534	5.927.825	5.144.274
Bremen	592.565	399.181	850.474	1.075.983	1.063.446
Hamburg	1.197.223	1.157.220	1.892.058	2.794.543	1.965.959
Hessen	2.946.712	3.058.476	6.799.490	8.251.646	8.632.543
Mecklenburg-Vorp.	913.389	1.273.380	3.309.764	4.088.367	3.532.093
Niedersachsen	5.843.889	6.267.090	12.815.814	17.830.483	15.401.996
Nordrhein-Westfalen	13.580.038	12.328.175	26.769.288	33.600.340	31.859.718
Rheinland-Pfalz	2.931.187	3.047.202	6.526.462	9.248.066	7.591.536
Saarland	800.743	637.902	1.418.010	1.843.943	1.570.060
Sachsen	2.019.576	2.716.092	7.734.276	8.541.734	7.329.340
Sachsen-Anhalt	1.338.392	1.810.100	5.406.752	5.624.847	4.621.815
Schleswig-Holstein	2.112.525	2.231.074	4.660.848	6.240.683	4.976.628
Thüringen	987.818	1.313.851	4.103.292	4.569.172	3.884.474
neue Bundesländer <sup>o</sup>	6.713.119	8.765.259	25.705.618	28.751.944	24.511.996
alte Bundesländer <sup>o</sup>	153.292.921	153.922.475	95.600.060	125.228.513	329.252.861

<sup>o</sup>ohne Berlin

\*UVG-Ausbau zum 01.07.2017; Einnahmen sind nicht mit den Vorjahren vergleichbar

Quelle: Haushaltsdaten des BMFSFJ

**Entwicklung der Einnahmen nach § 8 Abs. 2 UVG prozentual (2000 = 100 %)**

	<b>2000</b>	<b>Von 2000 zu 2019*</b>	<b>Von 2018 zu 2019*</b>
<b>Gesamt-Einnahmen</b>	100 %	221 %	133 %
Bundesanteil	100 %	264 %	133 %
Landesanteile (insg.)	100 %	198 %	133 %
Baden-Württemberg	100 %	343 %	102 %
Bayern	100 %	235 %	81 %
Berlin	100 %	193 %	81 %
Brandenburg	100 %	354 %	87 %
Bremen	100 %	179 %	99 %
Hamburg	100 %	164 %	70 %
Hessen	100 %	293 %	105 %
Mecklenburg-Vorp.	100 %	387 %	86 %
Niedersachsen	100 %	264 %	86 %
Nordrhein-Westfalen	100 %	235 %	95 %
Rheinland-Pfalz	100 %	259 %	82 %
Saarland	100 %	196 %	85 %
Sachsen	100 %	363 %	86 %
Sachsen-Anhalt	100 %	345 %	82 %
Schleswig-Holstein	100 %	236 %	80 %
Thüringen	100 %	393 %	85 %
neue Bundesländer <sup>o</sup>	100 %	368 %	85 %
alte Bundesländer <sup>o</sup>	100 %	240 %	89 %

<sup>o</sup>ohne Berlin

\*UVG-Ausbau zum 01.07.2017; Einnahmen sind nicht mit den Vorjahren vergleichbar

Quelle: Haushaltsdaten des BMFSFJ

Zu Frage Nr. 7:

**Rückgriffsquote (Einnahmen/Ausgaben)**

<b>Bundesland</b>	<b>2000</b>	<b>2010</b>	<b>2015</b>	<b>2018</b>	<b>2019</b>
Baden-Württemberg	26 %	33%	33 %	19 %	26%
Bayern	35 %	35%	35 %	20 %	23%
Berlin	21 %	17%	17 %	11 %	13%
Brandenburg	17 %	22%	22 %	11 %	15%
Bremen	17 %	11%	11 %	6 %	9%
Hamburg	17 %	11%	11 %	8 %	7%
Hessen	18 %	19%	19 %	10 %	15%
Mecklenburg-Vorp.	14 %	17%	17 %	9 %	12%
Niedersachsen	23 %	23%	23 %	13 %	17%
Nordrhein-Westfalen	20 %	20%	20 %	12 %	16%
Rheinland-Pfalz	28 %	27%	27 %	17 %	20%
Saarland	25 %	22%	22 %	13 %	16%
Sachsen	20 %	22%	22 %	10 %	13%
Sachsen-Anhalt	13 %	23%	23 %	10 %	13%
Schleswig-Holstein	21 %	21%	21 %	12 %	15%
Thüringen	13 %	22%	22 %	10 %	15%
<b>Bund Gesamt</b>	22 %	23 %	23 %	13 %	17%
neue Bundesländer <sup>o</sup>	15 %	21 %	21 %	10 %	14 %
alte Bundesländer <sup>o</sup>	23 %	22 %	24 %	14 %	16 %

<sup>o</sup>ohne Berlin

Die genannten Werte sind jeweils die anhand der Jahresendwerte der Buchungen in den Haushaltstiteln des Bundes berechneten Gesamtwerte für Bund, Länder und ggf. Kommunen. Der Bund erhält bzw. trägt davon seit dem 1.7.2017 jeweils 40 %.

Quelle: BMFSFJ

**Entwicklung der Rückgriffsquote (Einnahmen/Ausgaben) – (2000 = 100 %)**

<b>Bundesland</b>	<b>2000</b>	<b>Von 2000 zu 2019</b>	<b>Von 2018 zu 2019</b>
Baden-Württemberg	100 %	100 %	137 %
Bayern	100 %	66 %	115 %
Berlin	100 %	62 %	118 %
Brandenburg	100 %	88 %	136 %
Bremen	100 %	53 %	150 %
Hamburg	100 %	41 %	88 %
Hessen	100 %	83 %	150 %
Mecklenburg-Vorp.	100 %	86 %	133 %
Niedersachsen	100 %	74 %	131 %
Nordrhein-Westfalen	100 %	80 %	133 %
Rheinland-Pfalz	100 %	71 %	118 %
Saarland	100 %	64 %	123 %
Sachsen	100 %	65 %	130 %
Sachsen-Anhalt	100 %	100 %	130 %
Schleswig-Holstein	100 %	71 %	125 %
Thüringen	100 %	115 %	150 %
<b>Bund Gesamt</b>	100 %	76 %	129 %
neue Bundesländer <sup>o</sup>	100 %	91 %	136 %
alte Bundesländer <sup>o</sup>	100 %	70 %	127 %
<sup>o</sup> ohne Berlin	Quelle: Haushaltsdaten des BMFSFJ		

Zu Frage Nr. 9:

**Arbeitsstatistik zu Rückgriffsbemühungen für 2019**

Bundesland	Keine Beitreibung bei SGB II-Bezug (§ 7a UVG)	Unbefristete Niederschlagungen
Baden-Württemberg	4.961	1.085
Bayern	3.720	2.164
Berlin	3.891	1.311
Brandenburg	1.599	403
Bremen	0	0
Hamburg	14	0
Hessen	5.120	530
Mecklenburg-Vorp.	1.854	437
Niedersachsen	7.119	832
Nordrhein-Westfalen	28.161	2.633
Rheinland-Pfalz	3.354	941
Saarland	278	14
Sachsen	1.422	783
Sachsen-Anhalt	872	25
Schleswig-Holstein	5.399	195
Thüringen	1.876	645
<b>Insgesamt</b>	<b>69.640</b>	<b>11.998</b>
neue Bundesländer <sup>o</sup>	7.623	2.293
alte Bundesländer <sup>o</sup>	58.126	8.394
<sup>o</sup> ohne Berlin		

Quelle: UVG-Geschäftsstatistik des BMFSFJ

Zu Frage Nr. 14:

In den nachstehenden Tabellen werden folgende Länderkürzel verwendet:

**Staaten/Staatsangehörigkeiten:** DE – Deutschland; FR – Frankreich; GR – Griechenland; IT – Italien;

HR – Kroatien; AT – Österreich; PL – Polen; RO – Rumänien; BA – Bosnien und Herzegowina;

RS –

Serbien; TR – Türkei; AF – Afghanistan; SY – Syrien, Arabische Republik; RU – Russische Föderation;

AL – Albanien; PK – Pakistan; IQ – Irak; IR – Iran, Islamische Republik; ER – Eritrea; MK – Mazedonien;

NG – Nigeria; SO – Somalia.

Quelle: Statistisches Bundesamt - Statistik zur Strafverfolgung

**Tabelle 1: Verurteilte wegen Verletzung der Unterhaltspflicht gemäß § 170 Absatz 1 StGB**  
(insgesamt (I), nach Bundesländern und nach Geschlecht (M – männlich/W – weiblich))

Land		2010	2015	2017	2018
Baden-Württemberg	M	318	212	164	148
	W	8	7	2	4
	I	326	219	166	152
Bayern	M	481	308	243	194
	W	7	5	3	6
	I	488	313	246	200
Berlin	M	79	21	19	26
	W	0	0	0	0
	I	79	21	19	26
Brandenburg	M	63	56	33	25
	W	2	1	2	0
	I	65	57	35	25
Bremen	M	7	8	1	4
	W	0	0	0	0
	I	7	8	1	4
Hamburg	M	21	10	2	6
	W	0	0	0	0
	I	21	10	2	6
Hessen	M	73	52	28	33
	W	0	1	1	0
	I	73	53	29	33
Mecklenburg-Vorpommern	M	22	23	23	17
	W	0	1	0	0
	I	22	24	23	17
Niedersachsen	M	237	115	112	89
	W	1	0	2	0
	I	238	115	114	89
Nordrhein-Westfalen	M	454	279	195	141
	W	6	5	2	5
	I	460	284	197	146
Rheinland-Pfalz	M	194	118	71	68
	W	2	2	1	0
	I	196	120	72	68
Saarland	M	62	20	10	16
	W	1	1	1	1
	I	63	21	11	17
Sachsen	M	92	66	80	65
	W	3	2	0	2
	I	95	68	80	67
Sachsen-Anhalt	M	87	51	31	38
	W	1	0	1	0
	I	88	51	32	38
Schleswig-Holstein	M	30	21	21	12
	W	1	0	0	0
	I	31	21	21	12
Thüringen	M	71	48	38	28
	W	0	2	0	0
	I	71	50	38	28
Deutschland insgesamt	M	2291	1408	1071	910
	W	32	27	15	18
	I	2323	1435	1086	928

Quelle: Statistisches Bundesamt, Rechtspflegestatistik, Sonderauswertung Strafverfolgung

**Tabelle 2: Verurteilte nach alten / neuen Bundesländern und Staatsangehörigkeiten**

		Verurteilte nach Staatsangehörigkeit, Deutschland insgesamt, alte/neue Bundesländer und Geschlecht																				
		Insg	DE	Ausl	EU 28	FR	GR	IT	AT	PL	RO	BA	RS	TR	AF	SY	RU	AL	PK	IQ	IR	ER
<b>Deutschland insgesamt</b>																						
2015	M	1.408	1.204	204	61	5	4	26	3	4	2	5	11	62	1	1	4	1	1	-	-	-
	W	27	27	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	I	1.435	1.231	204	61	5	4	26	3	4	2	5	11	62	1	1	4	1	1	-	-	-
2017	M	1.071	899	172	60	4	6	15	7	7	6	9	3	50	-	-	1	1	-	2	-	1
	W	15	14	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	I	1.086	913	173	60	4	6	15	7	7	6	9	3	50	-	-	1	1	-	2	-	1
2018	M	910	766	144	40	4	3	13	2	4	1	5	2	39	1	1	2	0	1	2	2	0
	W	18	15	3	2	1	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	I	928	781	147	42	5	3	13	2	5	1	5	2	39	1	1	2	0	1	2	2	0
<b>Neue Bundesländer</b>																						
2015	M	244	234	10	3	-	-	-	1	-	1	-	-	1	-	-	-	-	-	-	-	-
	W	6	6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	I	250	240	10	3	-	-	-	1	-	1	-	-	1	-	-	-	-	-	-	-	-
2017	M	205	196	9	5	-	-	-	-	1	-	-	-	1	-	-	-	-	-	-	-	-
	W	3	3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	I	208	199	9	5	-	-	-	-	1	-	-	-	1	-	-	-	-	-	-	-	-
2018	M	173	170	3	1	0	0	1	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0
	W	2	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	I	175	172	3	1	0	0	1	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0
<b>Alte Bundesländer</b>																						
2015	M	1.164	970	194	58	5	4	26	2	4	2	5	11	61	1	1	4	1	1	-	-	-
	W	21	21	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	I	1.185	991	194	58	5	4	26	2	4	2	5	11	61	1	1	4	1	1	-	-	-
2017	M	866	703	163	55	4	6	15	7	6	5	9	3	49	-	-	1	1	-	2	-	1
	W	12	11	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	I	878	714	164	55	4	6	15	7	6	5	9	3	49	-	-	1	1	-	2	-	1
2018	M	737	596	141	39	4	3	12	2	4	1	5	2	38	1	1	2	0	1	2	2	0
	W	16	13	3	2	1	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	I	753	609	144	41	5	3	12	2	5	1	5	2	38	1	1	2	0	1	2	2	0

Quelle: Statistisches Bundesamt, Rechtspflegestatistik, Sonderauswertung Strafverfolgung

